

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK AM JAHRESBEGINN 1968

Mit einem gemäßigten Optimismus gingen die meisten Wirtschaftsteilnehmer in der Bundesrepublik und insbesondere die für den Wirtschaftsablauf Verantwortlichen (Politiker, Unternehmer, Gewerkschaften) in das neue Jahr hinein. Die schärfste Rezession, die es in der Nachkriegsgeschichte in einem (vergleichbaren) westlichen Industrieland gegeben hat, ist überwunden. Die Meßreihen der Konjunktur zeigen wieder nach oben, und kein Konjunkturbeobachter zweifelt daran, daß die Wirtschaftsaussichten 1968 besser sind, als sie es im vergangenen Jahr waren. Selbst in der vorsichtigsten Prognose wird für 1968 ein *realer* (ohne Einrechnung "der Preiserhöhungen") Zuwachs des Bruttosozialprodukts von fast 3 vH erwartet; andere Voraussagen liegen mit ihren Schätzungen zwischen 3 und 5 vH¹⁾.

Dauerhafter Aufschwung noch nicht gesichert

Die seit dem Spätsommer 1967 zu beobachtende Konjunkturbelebung war allerdings bisher weitgehend eine Folge der staatlichen konjunkturpolitischen Maßnahmen. Auch in den nächsten Monaten werden noch die Aufträge aus dem zweiten Konjunkturprogramm der Bundesregierung belebend wirken. Ob sich inzwischen die private Nachfrage so stark entwickelt haben wird, daß sie ohne zusätzliche staatliche Hilfe den erneuten Aufschwung fortsetzen kann, läßt sich freilich mit guten Gründen bezweifeln. Die nüchternen Konjunkturdaten bestätigen zur Zeit²⁾ jedenfalls eher die im vorigen Vierteljahresbericht³⁾ geäußerte Annahme, daß die „Selbstheilungskräfte“ der Wirtschaft vorerst für ein befriedigendes und dauerhaftes Wirtschaftswachstum nicht ausreichend sind.

Es hat den Anschein, daß der Winter diesmal härter wird als im letzten Jahr. Dadurch werden vorübergehend Produktion und Beschäftigung vor allem in der Bauwirtschaft gedrosselt. Schon im Dezember 1967 waren die Einbrüche des Winterwetters erheblich größer als im Dezember 1966. Infolgedessen zeigte das Baugewerbe im Rahmen der Regelung über das Schlechtwettergeld den Arbeitsämtern im Dezember 1967 rund 6,6 Mill. ausgefallene Tagewerke an, während im Dezember 1966 nur 2,4 Mill. Tagewerke ausgefallen waren — die starke Zunahme erfolgte trotz eines Rückgangs der Beschäftigtenzahl um etwa ein Achtel.

Das härtere Winterwetter war auch der hauptsächlichste Grund für das unerwartet hohe Ansteigen der Arbeitslosenzahl um 131 200 im Dezember 1967; allein 70 600 entfielen davon auf das Baugewerbe und 21 500 auf land- und forstwirtschaftliche Berufe. Insgesamt wurden Ende Dezember 1967 rund 526 200 Arbeitslose gezählt, 154 600 mehr als im Dezember 1966. Mit einer weiteren Zunahme im Januar und im Februar 1968 ist zu rechnen; Ende Januar des vorigen Jahres waren 621 200 Personen arbeitslos und Ende Februar sogar 673 600. Damals war allerdings die konjunkturelle Komponente größer als in diesem Jahr; während zur Zeit die Arbeitslosigkeit hauptsächlich deshalb zunimmt, weil wegen des Winterwetters nicht gearbeitet werden kann, gab vor einem Jahr vor allem die schlechte Auftrags- und Beschäftigungslage den Anstoß zur Entlassung. Der konjunkturelle Trend wird aller Voraussicht nach ungeachtet des im wesentlichen saisonbedingten Anstiegs der Arbeitslosigkeit aufwärtsgerichtet bleiben.

Nachfrage des Staates und des Auslands sind Hauptstützen der Konjunktur

Von dem zweiten Konjunkturprogramm der Bundesregierung, das zusätzliche Investitionen des Bundes, der Länder und der Gemeinden in Höhe von rund 5,3 Mrd. DM vorsah, waren bis Anfang Dezember 1967 3,8 Mrd. DM als Aufträge an die Wirtschaft vergeben worden. Der Rest des Programms hat wahrscheinlich zum größten Teil in den Monaten Dezember 1967 und Januar 1968 zu weiteren zusätzlichen öffentlichen Investitionsaufträgen geführt.

Neben diesen *Konjunkturspritzen des Staates* bildet die *Auslandsnachfrage* unverändert die stärkste konjunkturelle Auftriebskraft. Nichts spricht dagegen, daß sie diese Rolle auch nach der Abwertung des britischen Pfundes und anderer Währungen — dadurch vermutlich etwas abgeschwächt — vorerst beibehalten wird. Einige der wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik erwarten für 1968 eine befriedigende Konjunkturentwicklung, zum Teil sogar eine Konjunkturbelebung.

Am Jahresbeginn waren die *Vorratslager* der Industrie und des Handels als Folge einer überaus vorsichtigen Vorratspolitik der Unternehmer im ganzen so extrem niedrig, daß in den nächsten Monaten eine Wiederauf-

1) Siehe die Besprechung des Jahresgutachtens 1967/68 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in GM, H. 1/1968 S. 1 ff., speziell S. 2.

2) Dieser Bericht wurde am 11. Januar 1968 abgeschlossen. Bis dahin lagen Zahlen über die Auftragslage und die Produktion in der Industrie sowie über den Außenhandel nur bis zum Monat November 1967 vor.

3) GM, H. 11/1967, S. 685 ff.

füllung der Lager in größerem Ausmaß zu erwarten ist. Die Schätzungen über dieses Ausmaß der Lageraufstockung liegen für das erste Halbjahr 1968 zwischen 2,5 und 5 Mrd. DM. In jedem Falle werden davon belebende Wirkungen auf die Konjunktur ausgehen; selbst eine Zunahme der Vorratslager um nur 2,5 Mrd. DM entspricht einem Sozialproduktszuwachs von rund 1 vH.

Bedenkliches Zurückbleiben des privaten Verbrauchs

Die Entwicklung des *privaten Verbrauchs* gibt dagegen zu Besorgnissen Anlaß. In den letzten Monaten des Jahres 1967 lag der private Verbrauch nur geringfügig über dem entsprechenden Vorjahrsstand. Auch in der ersten Hälfte des neuen Jahres wird der private Verbrauch wahrscheinlich die schwächste konjunkturelle Größe sein — falls der Staat nicht verbrauchsfördernde Maßnahmen ergreift. Damit dürfte freilich kaum zu rechnen sein, nachdem die Kaufkraft der Arbeitnehmerhaushalte gerade erst zum 1. Januar durch die Beitragserhöhung in der sozialen Rentenversicherung und durch andere Maßnahmen des Finanzänderungsgesetzes vermindert worden ist. Darüber hinaus schränken Mieterhöhungen und die Verteuerungen vieler Dienstleistungen durch die Mehrwertsteuer die reale Kaufkraft weiter ein.

Wichtigster Grund dafür, daß die Nachfrage der privaten Haushalte nahezu stagniert, sind jedoch die Ausfälle an Lohn- und Gehaltseinkommen infolge des Beschäftigungsrückganges und des Abbaus über- und außertariflicher Leistungen im vergangenen Jahr. Diese Einkommensausfälle konnten auch nicht durch Tariflohnerhöhungen überkompensiert werden. Wegen der Rezession wurden die Tarifverträge zum Teil erst Monate nach den Kündigungsterminen gekündigt, teils wurden nach der Kündigung die Verhandlungen von den Arbeitgebern verzögert, auf jeden Fall waren die schließlich erreichten Tariflohnerhöhungen erheblich niedriger als in früheren Jahren. Vom DGB-Bundesvorstand wurden für 1967 tarifliche Lohn- und Gehaltserhöhungen (Neuabschlüsse) von durchschnittlich 3,6 vH für 9,1 Mill. Arbeitnehmer registriert. Davon wurden aber 2,7 Mill. Arbeitnehmern die Erhöhungen der Tariflöhne voll auf die höheren Effektivverdienste angerechnet, so daß diese Arbeitnehmer überhaupt keine Verbesserung ihres Einkommens erfuhren. Wie der DGB feststellt, erfolgten 1967 „dem Umfang und der Höhe nach die weitaus geringsten Lohn- und Gehaltsverbesserungen seit dem Jahre 1948.“

Dies muß sich natürlich nachteilig auf die Nachfrage der privaten Verbraucher auswirken. Wenn die Löhne und Gehälter nicht ausreichend erhöht, sondern teilweise sogar herab-

gesetzt werden, dann leiden darunter nicht nur die Arbeitnehmer, auch der Handel und die Verbrauchsgüterindustrie bekommen sehr bald die Folgen zu spüren. Der Gesamtumsatz des Einzelhandels lag z. B. im vergangenen Jahr mit 141 Mrd. DM nur ganz knapp über dem des Vorjahres. Daß die Verbrauchernachfrage überhaupt noch geringfügig zunahm, ist auf die Erhöhung der Sozialversicherungsrenten um 8 vH zurückzuführen; zum Teil ging die Zunahme der Verbrauchsausgaben auch zu Lasten der Ersparnis.

„Ohne einen adäquaten Anstieg der Löhne kann es keinen genügenden privaten Mehrverbrauch und keinen genügenden privaten Mehrabsatz geben.“ Bundeswirtschaftsminister Prof. Schiller wies in seiner Rede am 13. 12. 1967 vor der Industrie- und Handelskammer Hagen auf diesen einfachen, aber dennoch sehr häufig übersehenen Zusammenhang hin⁴⁾: Auch der „Verfall der Gewinne 1966/67 hatte seine Ursache vor allem in der Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage.“ Die aus ihren Löhnen und Gehältern finanzierten Käufe der Arbeitnehmer von Waren und Dienstleistungen bilden indessen die weitaus größte Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage — diese Tatsache ist leider immer noch viel zu wenig im Bewußtsein der Öffentlichkeit. Es ist nur konsequent, wenn das Bundeswirtschaftsministerium im Bewußtsein dieser Tatsache die Auffassung vertritt, daß „die Konjunkturbelebung auch durch tarifliche Aufbesserungen der Arbeitseinkommen unterstützt werden“ sollte.⁵⁾

Wieder höhere Gewinne

Während die Bruttolohn- und -gehaltssumme in der Industrie in den letzten Monaten niedriger war als ein Jahr zuvor, ist die industrielle Arbeitsproduktivität stark gestiegen: in dem sechs Monate umfassenden Zeitraum April bis September 1967 um gut 8 vH gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum. „Die Löhne und Gehälter je Produktionseinheit haben (infolgedessen) zumindest in der Industrie fallende Tendenz“, stellt das Bundeswirtschaftsministerium fest.⁶⁾ „Zinsen und Materialkosten liegen im Durchschnitt niedriger als vor einem Jahr; die Stückkosten geben also nach. Jede zusätzliche Nachfrage bedeutet in dieser Situation eine Besserung der Erträge und bewirkt damit zweifellos ein Wiedererstarren des Investitionswillens in der Wirtschaft. Das... zweite Konjunkturprogramm aktiviert — einschließlich der durch Zinsverbil-

4) Bulletin der Bundesregierung vom 15. 12. 1967, S. 1245 ff., speziell S. 1248.

5) Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums über die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik im 3. Vierteljahr 1967, S. 2.

6) Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums über die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik im 3. Vierteljahr 1967, S. 1.

ligungen zu erschließenden Kapitalmarktmittel — immerhin ein Nachfragevolumen in der Größenordnung von 9 Mrd. DM." Die staatlichen Konjunkturspritzen haben Beschäftigung und Einkommen der Arbeitnehmer gesichert, aber auch höhere Gewinne ermöglicht. Auf der Kostenseite hat das „Kurtreten in der Lohnpolitik trotz fortgesetzter Steigerung der Arbeitsproduktivität ... das Abbremsen des Konjunkturrückschlags kräftig unterstützt", zugleich freilich die Gewinnbildung der Unternehmen beträchtlich verbessert, worauf Prof. Gleitze im letzten Konjunkturbericht des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften hingewiesen hat.⁷⁾ Diese Hilfestellung des Staates und die maßvolle Haltung der Gewerkschaften sollten nicht vergessen werden, z. B. wenn die Löhne und Gehälter in einer späteren Konjunkturphase aufholen werden.

Der laufende Investitionstest des **Ifo-Instituts** für Wirtschaftsforschung in München läßt deutlich eine wieder zunehmende Investitionsbereitschaft als Folge größer werdender Gewinnerwartungen erkennen: ein Vergleich der Erhebung im November 1967 mit der im September weist im ganzen eine Revision der Investitionsplanung nach oben aus. Nach den neuesten Testergebnissen lassen die Planungen der Industrieunternehmen für 1968 eine Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen um mindestens 5 vH erwarten. Rund ein Drittel der befragten Firmen — die 60 vH der Industrieinvestitionen und ein Viertel der Investitionen der Bauwirtschaft umfassen — wollen 1968 mehr als 1967 investieren, zwei Fünftel planen gleich hohe Investitionen und ein Viertel der Firmen geringere Investitionen. Nachdem die industriellen Investitionen 1967 gegenüber 1966 um rund 11 vH zurückgegangen sind, wäre eine Zunahme um mindestens 5 vH im Jahre 1968 zwar ein erfreulicher Wandel, das Volumen des Jahres 1966 würde jedoch auch dann noch nicht wieder erreicht werden. Die reichlich vorhandenen Kapazitätsreserven führen dazu, daß eine Erweiterung der Produktionsanlagen nur von einem Fünftel der Unternehmen beabsichtigt ist, und zwar vor allem in der chemischen Industrie sowie in der Mineralöl- und Kunststoffverarbeitung. Die meisten Firmen planen Investitionen, die der Rationalisierung oder der Qualitätsverbesserung dienen.

Wandel in der Auftragslage

Die konjunkturelle Belegung spiegelt sich in der Statistik über die *Auftragseingänge in der Industrie* wider. In den Ergebnissen der Monate Oktober und November zeichnet sich deutlich ein Tendenzumschwung ab. Im Oktober 1967 konnten die Industriefirmen — am Wert gemessen — um 12,3 vH und im November 1967 um 12,9 vH mehr Auftragseingänge verbuchen als ein Jahr zuvor. Im November

wurde sogar das Ergebnis von 1965 um 6 vH übertroffen. Erstmals seit dem Herbst 1966 haben die *Inlandsaufträge* im Jahresvergleich wieder zugenommen, und zwar in beiden Monaten jeweils um rund 13,5 vH; im 3. Vierteljahr 1967 mußte noch ein Rückgang um knapp 3 vH registriert werden. Die Inlandsaufträge der Industrie waren im November 1967 erstmals wieder so hoch wie im November 1965. Die *Exportaufträge* der Industrie stiegen mit 7,5 vH und 11 vH in den Monaten Oktober und November etwas stärker an als in den ersten drei Quartalen 1967. Besonders ausgeprägt war die Wende in der Entwicklung der Inlandsaufträge in der Investitionsgüterindustrie: nach Rückgängen von 21 vH im 1. Vierteljahr 1967, 13 vH im 2. Quartal und noch 4,4 vH im 3. Vierteljahr waren die Bestellungen einheimischer Firmen bei der Investitionsgüterindustrie im Oktober 1967 um 21 vH und im November um 20 vH höher als ein Jahr zuvor. Im Oktober hat sicherlich der Ablauf der Frist für die konjunkturpolitischen Sonderabschreibungen mit dem 31. Oktober 1967 eine ausschlaggebende Rolle gespielt, und vermutlich sind Investitionen, die sonst erst 1968 getätigt worden wären, vorgezogen worden. Im November war aber die Frist bereits abgelaufen und dennoch war die Zuwachsrate ungewöhnlich groß. Auch in den anderen Hauptgruppen der Industrie waren die Bestellungen aus dem Inland im Oktober und November erstmals wieder höher als vor Jahresfrist, in der Grundstoffindustrie um 7,1 bzw. 6 vH und in der Verbrauchsgüterindustrie um 10 vH bzw. 14 vH. Die *Auslandsaufträge* nahmen durchweg weiter kräftig zu.

Das zweite Konjunkturprogramm hat im Herbst 1967 zu einem Wandel der *Auftragslage in der Bauwirtschaft* geführt. Im Oktober 1967 wurden im Hochbau durch öffentliche Stellen — gemessen an den veranschlagten Baukosten — um 40 vH mehr Aufträge erteilt als im Oktober 1966, und die Auftragsvergaben öffentlicher Stellen im Tiefbau waren sogar um 60 vH umfangreicher. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, daß im Oktober 1966 das Ergebnis des Oktobers 1965 bei weitem nicht erreicht wurde. Der Wohnungsbau war auch im Oktober 1967 rückläufig: die erteilten Baugenehmigungen lagen — an den veranschlagten Baukosten gemessen — um 6,6 vH unter dem Vorjahrsstand.

Die Besserung der Auftragslage hat die *Industrieproduktion* im Herbst 1967 spürbar angeregt. Im Oktober 1967 wurde erstmals seit über einem Jahr wieder das entsprechende Vorjahresergebnis erreicht und im November 1967 lag die Industrieproduktion mit einer Zunahme um 3,4 vH zum erstenmal seit dem Juli 1966 sogar wieder deutlich über dem Vor-

7) Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, H. 12/1967, S. 309 ff., speziell S. 314.

jahrsstand. Im einzelnen erreichte die Investitionsgüterindustrie im November 1967 knapp das Produktionsergebnis vom November 1966, die Verbrauchsgüterindustrie erzeugte rund 2 vH mehr, während die Grundstoffindustrie ihre Produktion auf breiter Basis beträchtlich, um 10 vH, erhöhen konnte. Die Leistung des Bauhauptgewerbes war **auch** im November 1967 noch um 3 vH niedriger als vor Jahresfrist.

Die starke Expansion des *Ausfuhrgeschäftes* wies in den letzten Monaten des vergangenen Jahres noch einmal eine steigende Tendenz auf. Im Oktober 1967 wurden um 9,9 vH und im November 1967 um 10,9 vH mehr Waren ausgeführt als in den gleichen Vorjahresmonaten. Bei der Einfuhr schwächte sich infolge der Konjunkturbelebung der Rückgang ab. Im Oktober/November 1967 waren die Einfuhren nur noch um knapp 2 vH niedriger als ein Jahr zuvor. Im Zeitraum Januar bis November 1967 hat die Ausfuhr um 8,8 vH zugenommen, während die Einfuhr konjunkturbedingt um 4,5 vH hinter dem entsprechenden Vorjahresergebnis zurückgeblieben war. Diese gegenläufige Entwicklung führte zu einem extrem hohen Ausfuhrüberschuß; er betrug in den elf Monaten 15,4 Mrd. DM; für das ganze Jahr 1967 kann mit einem Oberschuß von etwa 16,5 Mrd. DM gerechnet werden. Damit wurde das bisherige Rekordergebnis des Jahres 1966 von fast 8 Mrd. DM mehr als verdoppelt.

Die Folgen der Pfund-Abwertung

Für das Jahr 1968 wird ein fast ebenso großer Ausfuhrüberschuß der Bundesrepublik vorausgeschätzt. Dies trotz der Auswirkungen der Abwertung des britischen Pfundes von **14,3** vH. Die Pfund-Abwertung verbilligt die britischen Waren auf dem Weltmarkt und verteuert die Einfuhr aus der Bundesrepublik nach Großbritannien; die gleichen Wirkungen treten natürlich auch im Handel mit den Ländern auf, die im Gefolge der Pfund-Abwertung ihre Währung ebenfalls abgewertet haben (z. B. Dänemark, Spanien und Israel). Es muß mit Exportverlusten der Bundesrepublik und mit einer Zunahme der Wareneinfuhr aus den Abwertungsländern gerechnet werden, beides allerdings in erträglichem Ausmaß.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat in seinem jüngsten Jahresgutachten die Abwertungsfolgen für die deutsche Wirtschaft zahlenmäßig zu schätzen versucht.⁸⁾ Danach würde im 1. Halbjahr 1968 (im Vergleich zu einer Entwicklung *ohne* Abwertung) die Ausfuhr um 1,2 Mrd. DM weniger wachsen, die Einfuhr um 0,7 Mrd. DM stärker zunehmen, das Bruttosozialprodukt sich um 2,5 Mrd. DM weniger erhöhen und der Preisindex für den privaten Verbrauch um 0,5 vH weniger an-

steigen. Diese Ergebnisse decken sich annähernd mit denen einer vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung vorgenommenen Untersuchung über die Auswirkungen der Pfund-Abwertung, die sich allerdings auf das ganze Jahr 1968 bezieht.⁹⁾ Das Institut schätzt, daß die Verringerung des Ausfuhrwachstums und die Zunahme der Wareneinfuhr aus den Abwertungsländern zu Produktionseinbußen führt, die knapp 1 vH des Sozialprodukts ausmachen. Dies erfordere von der deutschen Wirtschaftspolitik „erhöhte Aufmerksamkeit und möglicherweise kompensierende Maßnahmen, um eine Drosselung des ohnehin unzureichenden Wachstumstempos zu verhindern.“

Weitere konjunkturpolitische Maßnahmen sind vonnöten

Anläßlich der Beratungen der „Konzertierten Aktion“ am 14. 12. 1967 legte der Bundeswirtschaftsminister, wie es im Kommuniqué über die Sitzung hieß, den Gesprächsteilnehmern aus den Gewerkschaften und den Spitzenorganisationen der Wirtschaft „eine alternative Gesamtrechnung als Prognose für 1968 vor, die lediglich von den bisher ergriffenen konjunkturpolitischen Maßnahmen ausgeht und damit unterhalb der vom Sachverständigenrat entwickelten Zielvorstellungen bleibt. Die in der Konzertierten Aktion vertretenen autonomen Gruppen wurden gebeten, bis zum 17. Januar 1968 im einzelnen zu beiden Alternativen Stellung zu nehmen bzw. eigene Vorschläge zu machen. Der Bundeswirtschaftsminister, der Bundesfinanzminister und der Bundesarbeitsminister werden die in der Konzertierten Aktion vorgebrachten Argumente bei der Erarbeitung des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung 1968 verwerten.“

Der Jahreswirtschaftsbericht ist — erstmals in diesem Jahr — auf Grund des neuen Wachstums- und Stabilitätsgesetzes (§ 2) künftig im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat vorzulegen. Er soll eine Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates¹⁰⁾, **eine Darlegung** der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele sowie der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik enthalten.

Die im Rahmen der Konzertierten Aktion vorgelegte Prognose des Bundeswirtschaftsministeriums, die also lediglich die bis Ende 1967 ergriffenen konjunkturpolitischen Maßnahmen berücksichtigt, „kommt zu dem Ergebnis, daß

6) Jahresgutachten 1967/1968 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundestagsdrucksache V/2310, Textziffern 358 ff.

9) Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 1. Dezember 1967. 10) Siehe die Besprechung des Jahresgutachtens 1967/1968 in GM, H. 1/1968, S. 1 ff.

mit der bisherigen Politik 1968 keines der wirtschaftspolitischen Ziele (stabiles Preisniveau, hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum) erreicht wird, die das „Stabilitätsgesetz der Wirtschaftspolitik setzt.“¹¹⁾ So ist nach der Prognose des Ministeriums 1968 eine Arbeitslosigkeit von 311 000 Personen im Jahresdurchschnitt zu erwarten, falls keine neuen konjunkturpolitischen Maßnahmen ergriffen werden. Weiter wird in dem Zahlenwerk angenommen, daß das Bruttosozialprodukt 1968 *real* um 4 vH, *nominal* um 6,2 vH, der private Verbrauch (im folgenden alles nominal) um 3,9 vH, die Investitionen um 7,2 vH zunehmen werden. Die Zunahme der Unternehmereinkommen wird auf knapp 12 vH, die der Arbeitnehmereinkommen brutto auf 4,7 vH und netto auf 3,3 vH geschätzt. Hauptsächlich wegen der Einführung der Mehrwertsteuer und ihrer für den 1. Juli 1968 vorgesehenen Erhöhung von 10 auf 11 vH (bzw. von 5 auf 5,5 vH) sowie wegen der Mieterhöhungen, rechnet das Ministerium mit Preissteigerungen im Bereich des privaten Verbrauchs von 2,5 vH. Das bedeutet aber, daß die (reale) Kaufkraft der Arbeitnehmer 1968 noch nicht einmal um 1 vH und der private Verbrauch real (nach Ausschaltung der Preiserhöhungen) auch nur um rund 1,3 vH höher sein würde als 1967.

Der Sachverständigenrat hat in seinem Jahrgutachten eine *reale* Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts von 6,4 vH für erforderlich gehalten, wenn so rasch wie möglich wieder eine optimale Ausnutzung der Produktionskapazitäten erreicht werden soll. Mit einer Rate von 4 vH liegt die Prognose des Wirtschaftsministeriums danach weit unterhalb des — ohne Gefahr für den Geldwert — möglichen Wirtschaftswachstums. Aber es ist überhaupt zu fragen, ob ohne weitere konjunkturpolitische Maßnahmen ein reales Wachstum von 4 vH erwartet werden kann. Ist die Prognose des Ministeriums nicht zu optimistisch? „Die gegenwärtige konjunkturelle Situation läßt mit Recht bezweifeln, daß die von der Regierung für 1968 erstrebte Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts in Höhe von 4 vH ohne zusätzliche expansive Maßnahmen erreicht werden wird.“ Für diese Meinung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Wochenbericht vom 22. 12. 1967) spricht viel, zumal wenn, was leider befürchtet werden muß, die Arbeitnehmereinkommen sich nicht einmal in dem Ausmaß erhöhen werden wie es vom Wirtschaftsministerium angenommen wird.

Als dieser Bericht — Mitte Januar — abgeschlossen wurde, schien es so, als wenn das Bundeswirtschaftsministerium sich für weitere konjunkturbelebende Maßnahmen aussprechen würde; eine Reihe von Vorschlägen dieser Art wurden jedenfalls im Ministerium erör-

tert und zum Teil auch ausgearbeitet. Dagegen hatte Bundesfinanzminister *Strauß* bis dahin solche Absichten abgelehnt. Vermutlich wird es zu einem kräftigen Tautziehen um den wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs kommen, wenn am 19. Januar das Wirtschaftskabinett und anschließend das Bundeskabinett den Jahreswirtschaftsbericht 1968 beraten wird.

Steuerentlastungen . . .

Um die Nachfrage der privaten Verbraucher zu beleben, sollte ein Vorschlag des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung aufgegriffen werden, wonach in diesem Jahr wenigstens für sechs oder neun Monate die Lohnsteuer und die Einkommensteuer-Vorauszahlungen um einen bestimmten, für alle gleichen absoluten Betrag ermäßigt wird. Außerdem sollte die für den 1. Juli 1968 vorgesehene Erhöhung der Mehrwertsteuer zumindest bis zum 1. Januar 1969 ausgesetzt werden. Dadurch würde ein weiteres Ansteigen der Verbraucherpreise in diesem Jahr vermieden und der private Verbrauch gestärkt werden. Diese Stärkung „würde die Kapazitätsauslastung der Verbrauchsgüterindustrie direkt verbessern und damit zugleich die Voraussetzung für eine Steigerung der privaten Investitionsneigung schaffen.“¹²⁾

Die Wirtschaftsverbände fordern, mit starker Unterstützung durch die Wirtschaftspresse, von der Bundesregierung die Beseitigung oder wenigstens eine starke Reduzierung der sogenannten „Investitionssteuer“. Bei dieser „Steuer“ handelt es sich um folgenden Tatbestand: wenn ein Unternehmer investiert, kann er bei der neuen Mehrwertsteuer künftig auch die von dem Lieferanten der Anlagen in Rechnung gestellten Umsatzsteuerbeträge abziehen. Während einer Übergangszeit bis zum Jahre 1972 bleibt jedoch ein von Jahr zu Jahr fallender Teil der auf den Investitionen liegenden Vorsteuer vom Abzug ausgeschlossen. Im Jahre 1968 beträgt dieser Satz 8 vH des Nettopreises. Diese „Belastung entspricht dabei im allgemeinen der bisherigen Umsatzsteuerbelastung“, heißt es hierzu in der vom Bundesfinanzministerium herausgegebenen Aufklärungsschrift „Die Mehrwertsteuer“ (S. 44). „Die Investitionen werden also keineswegs zusätzlich besteuert. Sie werden vielmehr von Jahr zu Jahr umsatzsteuerlich immer mehr entlastet . . .“

Der sofortige Vorsteuerabzug bei Investitionsgütern hätte eine Festsetzung des Mehrwertsteuersatzes auf 12 vH erforderlich gemacht, mit entsprechender Erhöhung der Verbraucherpreise, wodurch die vorerst noch schwache Konjunkturbelebung sicherlich erstickt worden wäre. Da für 1969 eine Ermä-

11) Zitiert nach „Die Welt“ vom 11. 1. 1968, S. 15.

12) Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsordnung vom 22. 12. 1967, S. 274.

ßigung des Steuersatzes für die Investitionen auf 7 vH vorgesehen ist, kann andererseits nicht ausgeschlossen werden, daß manche Unternehmen ihre Investitionen bis 1969 aufschieben. Um dies zu verhindern, wird im Bundeswirtschaftsministerium überlegt, ob der Steuersatz nicht bereits in diesem Jahr auf 7 oder 6 vH (dies ist der Satz von 1970) herabgesetzt werden sollte. Vielleicht wäre aber die Gewährung von Sonderabschreibungen oder einer Investitionsprämie, befristet bis zum Herbst, vorzuziehen.

*... und ein neues
staatliches Investitionsprogramm*

Auf jeden Fall ist ein neues Programm *zusätzlicher* staatlicher Investitionen in Höhe von mehreren Mrd. DM wünschenswert. Der Staat sollte die Chance nicht versäumen und die infolge des Zurückbleibens der privaten Investitionstätigkeit auch 1968 noch erheblichen freien Kapazitätsreserven nutzen, um „mit neuen Vorhaben im Bereich der Infrastruktur die Grundlage für das künftige wirtschaftliche Wachstum“ zu erweitern, wie es der Sachver-

ständigenrat empfohlen hat. Dieses Programm sollte vor allem den strukturell gefährdeten Gebieten (Ruhrgebiet, Saarland) zugute kommen. Der Feinsteuerung der staatlichen Investitionsaufträge gebührt in diesem Jahr der Vorrang. Wie bei den ersten beiden Programmen müßten auch diese Maßnahmen durch zusätzliche Kreditaufnahmen, vor allem auf dem Geldmarkt, finanziert werden.¹³⁾ Vor allem sind die Länder aufgefordert, sich stärker an zusätzlichen Investitionen der Gemeinden zu beteiligen und sich dabei mehr als bisher auch kurzfristig zu verschulden. Die Länder haben im Rahmen unseres Bundesstaates die gleiche Verantwortung für die Vollbeschäftigung und für ein optimales wirtschaftliches Wachstum wie der Bund. Leider fehlte diese Erkenntnis 1967 bei nicht wenigen Verantwortlichen in den Ländern, wie an Hand der Haushaltsgebarung nachzuweisen ist. *Günter Fehl*

13) Völlig richtig hat Dr. Heinrich Irmeler, Mitglied des Direktoriums der Bundesbank, in einem beachtenswerten Vortrag bemängelt, „daß ein zu großer Teil der öffentlichen Kreditnachfrage auch in langfristiger Form gedeckt wurde“ und daß bei uns eine antizyklische Schuldenpolitik noch weitgehend unbekannt ist (Der Volkswirt, H. 45/1967, S. 2459 f.).